

(Hardt (CDU))

- (A) grenzüberschreitende Eisenbahnverbindung der Welt schon im Jahre 1835 ihren Betrieb zwischen Brüssel und Mechelen aufgenommen hat. Dies zeigt, daß in dieser Grenzregion immer ein Eisenbahnpioniergeist am Werke war, dem es heute nachzueifern gilt.

Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt, daß die beteiligten Regierungen das Vorhaben Ende Oktober rechtlich, technisch und finanziell zum Abschluß bringen wollen.

(Dr. Pohl (CDU): Sehr gut!)

Wir begrüßen, daß gewachsene Wirtschaftsräume von Rhein und Ruhr mit dem Europazentrum Brüssel und den Metropolen Paris und London verknüpft werden. Damit sind die einzelnen Wirtschaftsräume wesentlich schneller untereinander zu erreichen.

Wir befürworten deshalb den gemeinsamen Antrag von SPD, F.D.P. und uns in diesem Hause und hoffen, daß die neue akzeptable Verkehrsinfrastruktur die Voraussetzung für mehr Freizügigkeit unserer Bürger in Europa bieten wird und daß sich damit auch die wirtschafts-, handels- und verkehrspolitischen Bedingungen in einem vereinigten Europa verbessern.

Wir stimmen diesem Antrag zu. Wir bedanken uns für die gemeinsame Haltung zu diesem Projekt.

(Allgemeiner Beifall)

(B)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der F.D.P. hat Frau Abg. Thomann-Stahl das Wort.

Frau Thomann-Stahl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um den Bau dieser Strecke hat es nie den geringsten Dissens gegeben, weder zwischen den Parteien hier im Hause noch zwischen Bundesregierung und Landesregierung. Ein gemeinsames Europa, ein gemeinsamer Markt erfordern ein gemeinsames Verkehrswegekonzept. Dazu gehört neben dem Autobahnnetz und einem regionalen Luftverkehrsnetz auch ein Schnellbahnsystem nicht nur für den Personenverkehr, sondern insbesondere auch eines für den schnellen Güteraustausch.

Es wird zu überlegen sein, wie die hier angesprochene Trasse durch das Ruhrgebiet nach Hannover, Hamburg und Kopenhagen fortgesetzt werden kann.

Die F.D.P.-Landtagsfraktion begrüßt das Projekt außerordentlich. Wir meinen, Nordrhein-Westfalen muß auch in bezug auf

den Schienenverkehr zukunftsorientiert und wegwesend sein. (C)

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Frau Abgeordnete. - Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließe ich die Beratung.

Ich lasse abstimmen. Über diesen Antrag wurde direkte Abstimmung gemäß § 88 Abs. 1 der Geschäftsordnung beantragt.

Ich frage daher, wer dem Antrag Drucksache 10/2455 seine Zustimmung geben möchte. - Danke schön! Das war einstimmig. Der Antrag ist angenommen.

Vizepräsident Dr. Klose: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen nunmehr zu Punkt 10 der Tagesordnung:

Drittes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD,  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 10/2434  
erste Lesung

Das Wort hat Herr Landtagspräsident Denzer.

Präsident Denzer: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit Drucksache 10/2176 habe ich Ihnen meinen Bericht über die Angemessenheit der Entschädigung vorgelegt. Ich bin dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Entschädigung nach § 5 des Abgeordnetengesetzes, die steuerpflichtig ist, aber auch die Aufwandsentschädigung nach § 6 des Abgeordnetengesetzes inzwischen von der Einkommens- und Preisentwicklung überholt und nicht mehr als angemessen anzusehen sind. (D)

Ich habe daher, wie es vom Gesetzgeber vorgeschrieben ist, unter Berücksichtigung der vom Präsidenten des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik getroffenen Feststellungen über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung dem Landtag einen entsprechenden Vorschlag zur Anpassung der Entschädigung unterbreitet. Die im Landtag vertretenen Fraktionen haben diesen Vorschlag aufgegriffen und einen entsprechenden Gesetzentwurf beschlossen.

Im Namen der Fraktionen des Landtags lege ich nunmehr den Entwurf des Dritten Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vor. Entsprechend meinem Vorschlag, die

(Präsident Denzer)

- (A) steuerpflichtige Entschädigung nach § 5 Abgeordnetengesetz um 3,25 % und die Kostenpauschale gemäß § 6 Abs. 2 Nrn. 1 und 2 um jeweils 2,5 % anzuheben, sieht der Gesetzentwurf mit Wirkung vom 1. Januar eine Erhöhung dieser Entschädigung um insgesamt 260 DM pro Monat vor, von denen 210 DM der Steuerpflicht unterliegen.

Ich darf im übrigen auf meinen umfassenden Bericht und die Begründung im Gesetzentwurf verweisen und bitte Sie, meine Damen und Herren, dem Überweisungsvorschlag an den Hauptausschuß Ihre Zustimmung zu geben.

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich danke dem Herrn Landtagspräsidenten für die Erläuterung des Gesetzentwurfs. - Ich frage Sie, meine Damen und Herren, ob Sie das Wort ergreifen wollen. - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung an den Hauptausschuß. Wer dieser Empfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke! Ich stelle fest, es ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Punkt 11 auf:

#### Sondergutachten Neue Heimat

- (B) Antrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 10/2442

in Verbindung damit:

#### Sondergutachten Neue Heimat

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 10/2476

Zur Begründung des Antrags der F.D.P. Drucksache 10/2442 erteile ich Herrn Abg. Kuhl das Wort.

(Grätz (SPD): Den haben wir hier lange nicht gesehen!)

Kuhl (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Ihnen heute vorliegende Antrag der F.D.P.-Fraktion beinhaltet die Bitte an den Landesrechnungshof, die ordnungsgemäße und zweckentsprechende Verwendung der der Neuen Heimat Nordrhein-Westfalen - NWDS - und der Neuen Heimat Hamburg in Nordrhein-Westfalen gewährten öffentlichen Mittel zu überprüfen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(C) Dies ist eine Bitte und keine Aufforderung, auch kein Auftrag; denn Sie wissen wie ich, daß der Landesrechnungshof nur seiner eigenen Verantwortung unterliegt. Er kann, er darf, aber er muß nicht handeln, auch wenn wir dies wollen.

Das Prinzip ist richtig. Deshalb bitten wir den Landesrechnungshof im Interesse des Landes, im Interesse des Landtags, im Interesse der Landesregierung und im Interesse der Bürger unseres Landes, eine solche Untersuchung durchzuführen.

(Wolf (SPD): Sie wollen doch nur auf Zeit spielen!)

Öffentliche Mittel wurden nicht ordnungsgemäß und zweckentsprechend verwendet.

Gestellt haben wir diesen Antrag nach Prüfung des Gutachtens von Peat, Marwick, Mitchell & Co. zur Verkehrswertermittlung des in Nordrhein-Westfalen belegenen Wohnungsbestandes der Neuen Heimat. Das Gutachten liefert diese Anhaltspunkte und Verdachtsmomente dergestalt, daß die gewährten öffentlichen Mittel - ich habe es gerade gesagt - nicht ordnungsgemäß und zweckentsprechend verwendet wurden.

Peat, Marwick hat ein Gutachten vorgelegt, das in sich schlüssig ist und auf alle Risiken eingeht. Das Gutachten verweist insofern auf alle Möglichkeiten, aber es werden nicht alle Risiken in Mark und Pfennig dargestellt.

(D) Peat, Marwick weist in seinem Gutachten zur Verkehrswertermittlung relativ häufig auf die Tatsache hin, daß die in der Miete enthaltenen Instandhaltungskosten nicht zweckentsprechend ausgegeben wurden. Er beziffert das an einer Stelle im übrigen mit unterlassenen Instandhaltungen in Höhe von 6 Millionen DM. Gleiches sagt er für den Bereich der Modernisierung und ermittelt aus diesem Bereich einen Instandhaltungs- und Reparaturstau von mindestens 50 Millionen DM.

Meine Damen und Herren, wenn dem so ist - und ich beziehe mich jetzt nur auf das Gutachten -, dann sind hier die Mieter betrogen worden. Und wenn dem so ist, daß Modernisierungsmittel, und zwar öffentliche Modernisierungsmittel, für diese Wohnungen ebenfalls nicht zu diesen Zwecken verwendet wurden, dann ist nicht auszuschließen, daß der Geldgeber - also der Staat, das Land Nordrhein-Westfalen und damit letztendlich der Steuerzahler - auch in diesem Bereich betrogen wurde.

(Doppmeier: Hört, hört!)